

Landstingsprotokoll

över sin Sittning som 29. Sept. 1920.

Amnespunkt find alla Abgavordningar med
als Regeringskomittär hvar Fr. Peer.

Hvot besakning der Kongalordning angår
der Präsident der Riksdag i följande Ord
går:

"Gustafson Din, minna Herron, det is med
Kongens Riksdag der jernstäm som iquiffu gator.
Ku binner varit givet besakning der Kongalord-
ning över gator.

Denna Givnings inför Landstings
sat införan bilfariga Landstings för Giv-
nings Pring Karl von Linstenstam över denna
Anpassan i det Användning der den Land-
in förvariga gator gatorstaden Givna
von sinom Anka utseban in den Givna
am öfver Riksdagsgivnings Givna Fr.
Peer givnings på den Givna in den
Givna gator der Riksdagsgivnings
vornant.

Hyllanden in Din allar ^{Amnespunkten} ~~Abgavordning~~
in. anfallas Linstenstams gator
vornant in den Givna den Givna
Riksdagsgivnings Givnings Pring Karl för
sinu binner givnings givnings Givnings
vornant der Landstam den närmsta Givna
and givna. Pring Karl sat sin Anka in den
Givnings gator givnings in. sat der Givna
in objektions in. anfallas den Givnings Givna
Givnings. Vornant varit Givnings als Givnings

Anzuchtbarkeit seiner Anwesenheit machen wollen,
 so ist es der einzige: so war in Anbetracht
 seines Ranges ein zu guter Mann, ein Mann
 von solch hoher Gefinnung u. Gutsgefühle,
 daß es ihm selbst nahe hat, jemandem nahe
 zu sein zu müssen. Mir ist es in diesem
 besondern Landesthumsangelegenheiten u. wir dürfen
 nicht auf jenen unfernen Prinzen Karl nicht
 nur den Adel seiner Geburt, sondern wir
 müssen den Adel seiner Gefinnung. Prinz Karl
 hat sich in Linzhausen ein gutes Ansehen
 erworben. Ich wünsche die Hoffnung auch, daß
 sich noch eine Gelegenheit bieten wird,
 dem jetzt abwesenden Prinzen unfernen
 Dank persönlich anzubringen.

Unfernen neuen Regierungsrath Herrn
 Hofrat Dr. Peer sei es in willkommener u. freund-
 licher Weise an, daß sich die an seiner An-
 wesenheit gebundenen Hoffnungen erfüllen
 mögen. Es wartet seiner eine Fülle von
 Arbeit u. daß seine Arbeitskraft von allem
 Seiten sich einbringen wird, zueist der Ver-
 stand, daß ihm zur Beseitigung dieser Arbeit
 eine befähigtemäßige Menge frischer Mannen
 werde. Fürsich wird dem neuen Regierung-
 srath nur möglich sein, in dieser Zeit die ge-
 wöhnlichen Ziele zu erreichen, wenn beide Par-
 teien im Landtage die Landdienerstellen
 von der Parteidienerstellen stellen u. nach
 Wunsch unfernen allernächsten Landestheils
 nicht nur untergebracht werden u. zusamen-
 arbeiten. Mit diesem Wunsch verbleibe
 ich meine Dienste.

Herr Regierungsrath Hr. Peer dankt für die
 dem Verpflichteten und fügt an, daß er zwar
 ein Einländer aber doch kein Freund sei
 in Linienstein, denn in Wien habe er
 immerzeit die Wüste bejagt u. von Wald-
Wirth sei er als Amant oft nach Linien-
stein gekommen. Für die Wüsten Zeit seiner
Linienstein Wüsten viel Arbeit zur Wüsten-
Wüsten war. Wüsten sei Wüsten Wüsten
 die. Wüsten Wüsten Wüsten, Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten

Hier geht man zur Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten

Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten

Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten

Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten
Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten Wüsten

Über die einschlägige Antragsstellung ^{von Seite 1 des Finanzkom} Präse von
 längere Zeit vorüber. Abg. Peter Bünfel sagt
 das, daß 50 Rappen pro Wahllokale auf dem
 ganzen Raum von einer Partei nicht als 12
 Wahllokale möglich seien. Hauptmann von der Höhe,
 Vizent, ^{Abg.} Hofer, ^{Abg.} Peer, ^{Abg.} Mawer u. Dr. Beck zum
 Gegenstande zusammenfassen, wird beschlossen,
 daß für jeden Wahllokal, gleichviel
 ob eine Partei nicht oder weniger als 12
 Wahllokale zu bewahren seien, 50 Rappen Mai-
 schenkung zu übertragen seien. Auf dem Ab-
 titel 3 des Gesetzentwurfes wird folgendes
 Artikel 4 aufgenommen: "Die Organe, welche
 die ~~Rechtsstelle~~ über die Ausführung der Mai-
 schenkung übertragen wird, beginnen für
 ihre Funktionen die gleichen Aufgaben
 wie die Gemeindeverordneten ^{die Fabriken} sind für
 von der Landeshauptstadt zu beauftragen." Artikel
 über Kommissionsauftrag wird nun zum Ab-
 titel 5 u. Artikel 5 daselben zum Arti-
 kel 6 der entsprechenden Gesetzgebung. Die Kom-
 missionellen beauftragen die Landesräte
 u. ihre Funktionen von jeder Gemeinde.

2.

6, 7

Gesetz bezüglich der Einföhrung der Grundsteuer
in Tirol.

Der Kommissionsbericht lautet dahin, daß die von
 dem Gesetz für einen mindestens 2 Monate
 alten Grund zu übertragende jährliche Grund-
 steuer von Jahr 1920 an 15 festzusetzen
 soll, gleichviel, ob der Grund der ganze Jahr

oder nur einen Teil des Vollen erhalten
wird. Das Haupt wird mit der Befugnis
angewiesen, daß die Regierung vorzüglich
wird, in besondern bewerkstelligungsweises
diesen Fällen die Harnen zu verabsorgen und
ganz zu verlassen, wie es schon bisher gescheh
hat worden.

3.

Commissionsantrag betr. Reorganisation eines
Autombilunternehmens zur Verbesserung
d. Postbeförderung.

Die Vorstände der Markpost u. der Fi-
nanzcommission sind im Vorworte für die
sichere Führung aufzutreten.
Es ist zu bemerken, daß seit dem Auftritte
der Markpostcommission drei weitere Dispari-
täten eingeleitet sind. Herr Laybinder
Präsident Hr. Emil Beck in Bonn teilt mit,
daß die Disparität bei Uebernahme der Post
beweit sei, in Dienststunden auf rund
markieren zu lassen wie z. B. gewisse
Lohn- Mittelstände. Die Karte würde
nicht nur erweitert werden. Es handelt
sich also nur um die Verbesserung der Fahr-
ten bis Rangier. Der Vorsitzende ließ
weiter eine Eingabe des Herrn Postmeister
in Eisen u. s. vor auf gezeigt wurde,
den Autombilpost im Lande zu über-
nehmen. Diese Offerte enthält jedoch
keine bestimmte Forderung. Lediglich
auf der frühesten postlichen Ferdinand
Hoyt und Halger zur Uebernahme
der Postfahrten wie früher von Halger

bis Sieben u. zürück, tüchtig zusammen im
 Saal für jädeling, auf was man die fahrgewisse
 etwas billiger als bei der Offerte Wanyan.
 Abg. ~~Wanyan~~ Sprenger ist für einen Markt
 abfluss mit Recht, weil das Land billiger
 zu haben ist. Abg. Schädler ist aber
 falls für die Offerte Recht. Es müsste aber
 das das Ausland die gleichen Marktverhältnisse
 erhalten wie das Inland. Die Geringfügigkeit
 haben Anspruch auf ein eigenes Gebäude
 nach dem von Sie ab zu sein. Es ist für
 einen nicht weniger wissen dass die
 Pflichten im Inland oft zu gut angesetzt
 von werden, den diese Leute erhalten
 für ein bloß 20 Gallen, d. h. 1/2 Rappen!
 Man solle die Dienstleistungen anständig
 bezahlen, damit sie ihre Pflicht für können.
 Besonders wäre es auf für ein Auto, aber
 als Abwehrmaßnahme sei es bei Kauf für
 das billiger. Abg. Wülfel müsste aber
 falls, dass das Ausland bevorzugt wird
 da für ein Inland im Ausland etwa 3-4 Tage
 können sollte ein Postamt bekommen.
 Man die Eröffnung des Marktes im In-
 land mit vorsichtig wäre, hätte es sich
 nur damit einverstanden zu lassen dass
 die Fahrgewisse im Inland nicht bei
 der definitiven Regelung gegeben
 würde. Es müsste mit der Befreiung
 wissen, um zu wissen wie man die Sache
 den kann. Das Autoverbot sollte aber
 nicht aus dem Auge gelassen werden.

Abt. Dr. Higg führt an, daß er schon auf die letzte
 Sitzung persönliche Antworten im Auftrage habe,
 deren Inhalt sich mit den Aufschreibungen
 des letzten Verhandlungsdarke, damals sei es
 aber zur Befandlung zu spät gewesen. Er
 konstatiert, daß ~~er~~ seinem Antwort nur der
 offener Mangel im Auftrage nicht sein
 sei u. frägt der Abt. Manger an, warum
 der Markte mit seinem Auftrage beziffert
 könnte. Daß das Unterland auf in dem
 Markte imbezogen werden müsse, sei selbst
 verständlich. Abt. Riff will, daß Ruggell
 auf Jagdplätzen nicht bekümmert sein diese
 Gemeinden haben keine Brücke über den
 Rhein u. sei überfangt abgepflegen. Er ist
 bindigt sich nach dem Markte mit
 dem Inhalt der bisherigen Postgaben.
 Er ist der Ansicht, daß das Auftrage das zweifelhafte
 habe in. Insofern hat, zu sein für
 den Markte über unsere Rheinbrücken.
Abt. Mulfinger ist für die offene Markt,
 weil das Land weniger Anblagen habe.
Kon. - Rat Manger vertritt sich von Aufschreibungen
 von der Abt. Lüscher an, für das Unterland
 müsse auf etwas geachtet. Als bleiben
 der Markte können allerdings nur ein
 Auftrage in Betracht. Abt. Manger erklärt,
 daß der Markte mit seinem Auftrage in ca.
 3 Millionen beziffert könnte. Falls das Untere-
 land die gleichen Markte mitteil wofür
 solle sein das Oberland, so frage es sich,
 ob es dann mit Pferden nicht über die Rhein
 kommen sein mit seinem Auftrage.

Alex. Fr. Beck stellt fest, daß Manjus das Urv.
 Dienst überführt, die ganze Angelegenheit in
 den Fluss überweist zu haben. Er herrscht
 sich für den Auftrag der Kommission an
 u. wünscht, daß die Angelegenheit rasch
 erledigt werde. Alex. Kaiser will das
 Unterland auf bewirksamkeit lassen.
Alex. Hoop unterstützt in gleichem Sinne,
 aber man habe von langer wege vorzugehen
 und sei jeder mannigfaltig zu vermeiden.
 Endlich wird dann mit allen gegen 2
 Stimmen der Auftrag Schädler - Büchel
 angenommen; die fürstl. Regierung wird
 ersucht, mit Gen. Vuyt in halber bald-
 liche einen Auftrag über Siedlich zu er-
 malige Postbetriebsaufnahme von halber na-
 chdem gegen immorale Rindfleisch
 abzufließen, sich vorer aber mit Alex.
 Lege, dem Faber der bischöflichen Kap-
 zelle, abzufinden. Jedoch wird die
 fürstl. Regierung ersucht, im Finanz-
 nahmen mit der Finanzkommission
 die Frage der Aufhebung rascher
 im Auge zu behalten u. im gegebenen
 Moment dem Landtage zur Aufstuf-
 fassung vorzubringen."

4. Hand der Landeskasse u. der Landesfinanz

Der Auftrag der Finanzkommission lautet:
 "Die fürstl. Regierung wird ersucht, über die
 Hand der Landeskasse u. der Landesfi-

nangem aufzuklären. Herrsch zu erhalten."
Abg. Schädler befragt diese Maschinen
 n. fragt bei, das wir von früher die Auf-
 stellung der Staatsrechnung in der Landtags-
 vorläufe haben. Abg. G. Beck findet es für
 selbstverständlich, daß dergleichen für Provin-
 zen selbst zu beschaffen haben, und daß
 sich der Landtag dafür bemühen. Der Land-
 tag der Antwort wird darauf nicht
 eingegangen.

5.
Definitive Festsetzung aller
 Staatsausgaben.

Die Wechselsache aufgeben um eine 150
 prozentige Lösung der Forderungen. Auf alle
 anderen Staatsausgaben beizugehen
 eine Festsetzung. Abg. Wolfinger sagt,
 daß das Land ungenügend sein soll haben.
 So wie man sagt, alle Männer des Landes bloß da-
 zu da, um die Forderungen zu erfüllen. Die
 Herren müßten sich bemühen. Der
Präsident erinnert die Landesregierung
 in der Finanzkommission, indem er wünscht,
 daß die Notwendigkeit aufzuheben müßte
 sein würde. Daher, was die n. Finanz-
 sachen in gleicher Weise zu berücksichti-
 gen. Er sagt daher die Kommission die An-
 sichts, daß die Regelung bis nach Anfangs vor-
 zuleben werden sollen. Abg. Schädler
 ist gegen die 150 Prozent, weil eine solche

allgemains Befähigung ungenügend seiend, und
 der eine der Haabengespallten arbeits
 der jungen Leute, der andere dagegen nur
 eine Arbeit im Jahr. Die Arbeit
 solle allerdings bezahlet werden. So müsse
 aber verlangt werden daß jeder Haab-
 engespaltene sein Lohn als beifried-
 nische sein in seinem Hause u. in seinem
 Ratayerein im St. H. Gallen. Wenn man
 bei und die gleichen Lebensmittel
 gegen sein sein über dem sein über
 u. die gleiche Arbeit gemacht werden
 sein darf, so sollen bei der ungenü-
 gigen Regulierung auf die Befriedigung
 versätknisse von Haybauarbeiten St.
 Gallen als Kirschen ungenügend wer-
 den. Die Regulierung möge in diesem Sinne
 eine Vorlage anarbeiten u. dieser
 Landtag solle die Sache verwalten, und müsse
 aber rechtzeitig sein, den im März gefa-
 der Landtag aneinander u. im Februar
 sein sein in Klausuren. Abg. Pöschel
 findet es für selbstverständlich, daß man die
 Haabengespaltene bezahlet müsse, daß sie
 leben können. Die Regulierung soll
 aber nicht auf die lange Bank geschoben
 werden. Rat. - Wanger spricht in der ersten
 Anfrunden Antwort, daß Land haben kein
 Geld, eine Antwort. Man solle den Ange-
 spaltten einfach sein geben, daß sie
 ankommen können. Abg. Dr. Hegg ist gegen
 gegen die 150 jährige Befähigung, weil das

Kommission u. angeführt den Antrag der Finanzkommission zur Annahme. Der Antrag wird angenommen.

F.

Spargeld für den gemeinsamen Pflanz-Kommission Rausch des Büchse.

Der Kommissionsantrag ist jährlich 500 pro sov. Der Fall wird ~~mit~~ ohne Substanz angenommen.

G.

Quartierung für Damb, Gimm und Leistung.

Der Antrag Substanz wird folgendermaßen angenommen. Das jährliche Quartierungsgeld beträgt:

für vollbesetzte Leistung	180 pro
für die 6. Klasse	240 "
für die 5. "	260 "
für die 4. "	280 "
für die 3. "	300 "
für die 2. "	320 "

Als Anfangstermin für die Berechnung des Quartierungsgeldes ist der 1. Mai zu gelten.

H.

Finanz der Finanzkommission über die Einföhrung von Einföhrungsbeschränkungen.

In der Finanz ist anzunehmen, dass das in.

ländische Jugendbeirath mit dem Vorworte
der Bundesversammlung durch fallen können
den in der Verwaltung können man sie Arbeit
der mit Roman bezaubern, in diese
sauf eine Verlangung für Frankreich.

Abg. Sprenger will das inländische Jugend-
beirathen n. führt praktische Beispiele an.

Abg. Schädler unterstützt den Vorworte,
man solle in gleicher Weise sein für
die Staatsverwaltung auch für in der
Jugendbeirathen vorzuziehen. Hr. Beck unter-

stützt Sprengers Antrag n. beantragt,
die Regierung solle Vorbedingungen erfüllen
n. im Finanzwesen mit der Finanzkom-
mission dem Landtag einen Antrag stellen.

Man ist so wichtig nur sich zu tun, wie es
sich mit dem Geldverkehr mit der Regierung
verhalte. Die Abg. Büchel n. Kaiser sind
wegen einer fünfjährigen Verbindung einer
solche Kapazität nicht im Vaterland

Vertrage zu wünschen. Hinsichtlich wird der
Antrag Hr. Beck zum Beschluß verworfen.

Zum Beschluß macht Abg. Schädler
noch die Erwartung daß eine Einpflanzung
der Klammern mit allen Mitteln
ausgeführt werden sollte. Abg. Dr. Rigg

unterstützt n. schlägt eine Kontrolle
vor. Der Regierungsrath warf eine im
Finanzwesen mit dem Landtag
davor zu sein Wohlthätigkeit zu sein.

Die Sitzung wird geschlossen.
Der Schriftführer Abg. Schädler.

In der Sitzung vom 29. September 1920
genehmigt.

Fried. Walter Präsident

e-archiv